

06. März 2012

5

Tagesordnung:

1. Begrüßung
- 10 2. Fragestunde der Öffentlichkeit
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Tagesordnung
5. Genehmigung der Protokolle der 19. Sitzung
6. Berichte
- 15 7. Berichte UStA
8. Neuwahl UStA: Referate Inneres, Soziales II, Äußeres, Finanzen, Ökologie
9. Stellungnahme Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz
10. UStA-Förderverein
- 20 11. Sonstiges

Anwesende:

- Die LISTE: Tobias M. Bölz
- 25 JuSos: Fabian Trost, Michael Schmidt
RCDS: Thomas Deubel
GHG: Christian Zimmermann, Katharina Glock, Philipp Kirchhofer, Hannah Ullrich, Kay Schäfer, Yannick Oster
AL: Jan Reusch
- 30 LHG: Andreas Niemeyer
Brandt-Zand: Alex Zand, Rodrigo Groener
LuSt: Benjamin Kobrinski, Jens Senger, Sarah Puch, Christian Haffner
- Entschuldigt: Moritz Kühner, Sebastian Eckel, Sabin Muntan, Stefan Huber
- 35 Unentschuldigt: Robert Franz, Andreas Güldenpfennig, Victor Alvan
- Redeleitung: Sarah Puch
Protokoll: Katharina Glock

40

Beginn: 19:35 Uhr

Ende: 22:06 Uhr

- 45 Alle Abstimmungsergebnisse sind in der Form Ja/Nein/Enthaltung aufgeführt.

50 **1. Begrüßung**

Sarah Puch eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden um 19:35.

55 **2. Fragestunde der Öffentlichkeit**

Es gibt keine Fragen.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

60 Das Studierendenparlament ist mit 17 Anwesenden beschlussfähig.

4. Genehmigung der Tagesordnung

65 Tobias M. Bölz beantragt TOP 10 vorzuziehen → TOP 8b.
Tobias M. Bölz beantragt TOP 8a Veranstaltung zur Verantwortung der
Wissenschaften, TOP 8c Strukturkommission sowie TOP 8d Ethische
Leitlinien.

70 Die so geänderte Tagesordnung wird per Akklamation angenommen.

5. Genehmigung des Protokolls der 19. Sitzung

75 Das Protokoll wird per Akklamation genehmigt.

6. Berichte

80 Jens Senger berichtet vom Treffen zwischen Senat und Aufsichtsrat. Die
Treffen mit der Studierendenschaft sowie Treffen zwischen Senat und
Aufsichtsrat sollen weitergeführt werden, darüber hinaus gab es wenig
konkrete Informationen.

85

7. Berichte UStA

Das Ergebnis des Unifests liegt mit Ausnahme einiger Rechnungen vor und
90 ist dabei deutlich unter dem Haushaltsplan (insgesamt wurden ca. 600
Karten weniger als geplant verkauft). Über Finanzierungsmöglichkeiten für
das Sommerfest wird nachgedacht.

Der UStA stellt sich für Interessenten für die kommende Legislaturperiode
95 am Donnerstag, 08.03.2012 um 17:00 Uhr vor.

8. Neuwahl UStA: Referate Inneres, Soziales II, Äußeres, Finanzen, Ökologie

100 Es gibt keine Vorschläge.

8a. Veranstaltung zur Verantwortung der Wissenschaft

105 Herr Schulze erläutert Grund und Ziel der Veranstaltung am 15. und 16.
Juni im Zusammenhang mit der Zivilklausel am KIT. Geschätzt wird mit bis
150 Anwesenden bei der Eröffnung, ca. 60 bei den Arbeitsgruppen. Die
Unterstützung der Studierendenschaft kann insbesondere in der
110 Öffentlichkeitsarbeit oder in der Bereitstellung der Hörsäle erfolgen.

Antrag der JuSo-Hochschulgruppe:

115 Die Studierendenschaft des KIT unterstützt die Tagung „Verantwortung der
Wissenschaften: Frieden schaffen - KIT: Forschung für Atom und Waffen?“
(Arbeitstitel) der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten,

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. und anderen am 15. und 16. Juni 2012 am KIT.

120 Der UStA wird beauftragt:

1. Die Unterstützung öffentlich, insbesondere auf der eigenen Homepage und wenn mögliche in Tagungsmaterialien und Tagungsbewerbung, zu kommunizieren.

125 2. Zur Unterstützung der Veranstaltung zu prüfen und zu berichten, ob kostenlose Schlafplätze für Studierende am 15. Juni in der AKK Turnhalle oder dem Z10 zur Verfügung gestellt werden können.

3. Zur Unterstützung der Veranstaltung zu prüfen und zu berichten, inwieweit die Studierendenschaft Räumlichkeiten des KIT für diese Veranstaltung kostenneutral zur Verfügung stellen kann.

130 4. An der Veranstaltung teilzunehmen, sofern dies mit anderen Verpflichtungen vereinbar und vom Aufwand vertretbar ist.

Sofern es der Erfüllung dieses Antrags dient kann der UStA nach eigenem Ermessen geeignete Personen zur Erfüllung der Aufträge hinzuziehen.

135 -----

Noah Fleischer begründet den Antrag.

140 Bemerkung dabei: Am 15. und 16. Juni sind sowohl Z10 als auch AKK-Halle ausgebucht.

2. Lesung:

145 Änderungsantrag durch Brandt-Zand:

Streiche den 4. Punkt im Antrag.

150 Alexander Zand begründet den Antrag. Der Änderungsantrag wird nicht übernommen.

Abstimmung: 3/12/2 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

155 Änderungsantrag durch Brandt-Zand:

Streiche den letzten Satz im Antrag.

Der Änderungsantrag wird nicht übernommen.

160 Abstimmung: 2/10/5 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

3. Lesung:

165 Alexander Zand beantragt namentliche Abstimmung. Es gibt keine Gegenrede.

Tobias M. Bölz: ja

Fabian Trost: ja

Michael Schmidt: ja

170 Thomas Deubel: nein

Christian Zimmermann: ja

Katharina Glock: ja

Philipp Kirchhofer: ja

Hannah Ullrich: ja

175 Kay Schäfer: ja
Yannick Oster: ja
Jan Reusch: ja
Andreas Niemeyer: nein
Alex Zand: Enthaltung
180 Rodrigo Groener: Enthaltung
Benjamin Kobrinski: ja
Jens Senger: ja
Sarah Puch: ja
Christian Haffner: Enthaltung
185
Abstimmung: 13/2/3 → Damit ist der Antrag angenommen.

8b. UStA-Förderverein

190 Antrag des UStA

Das Studierendenparlament stimmt den geplanten Änderungen an der Satzung
des Fördervereins UStA Kasse Karlsruhe e.V. zu. Sollte durch das
195 Finanzamt noch Änderungen an der Satzung notwendig werden, darf der UStA
diese einpflegen, sofern sie den Sinn der Satzung nicht ändern.

Jens Senger erläutert den Antrag.

200 2. Lesung

Änderungsantrag der JuSos:

205 An allen zulässigen Stellen, ist die Satzung des Fördervereins der
Studierendenschaft des KIT gendergerecht zu formulieren

Abstimmung: 10/7/1 → Damit ist der Antrag angenommen.

210 3. Lesung:

Abstimmung: 18/0/0 → Damit ist der Antrag angenommen.

8c. Strukturkommission

215 In der Strukturkommission soll ein studentisches Mitglied vertreten sein.
Tobias M. Bölz beantragt Vertagung, es gibt keine Widerrede. Damit ist
der TOP vertragen.
220

8d. Ethische Leitlinien

225 Tobias M. Bölz beantragt Vertagung, es gibt keine Widerrede. Damit ist
der TOP vertragen.

9. Stellungnahme Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz

230 Der Entwurf der Stellungnahme findet sich im Anhang.

2. Lesung

235 Änderungsantrag von Brandt-Zand:

Seite 1, Absatz 2, letzter Satz:

240 Bisher: Für eine Verwendung bei künftigen Gesetzgebungsverfahren sollte die Plattform deswegen grundlegend überdacht werden.

Neu: Für eine Verwendung bei künftigen Gesetzgebungsverfahren sollte die Plattform deswegen grundlegend überarbeitet werden.

245 Alexander Zand begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird übernommen.

250 Änderungsantrag von Brandt-Zand:

Seite 2, Absatz 1 zur Mitgliedschaft, Satz 4:

Streiche den Satz:

255 Es ist nicht ersichtlich, warum gerade bei der Studierendenschaft im Gegensatz zu anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts ein Recht zum Austritt vorgesehen werden sollte.

Alexander Zand begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht übernommen.

260 Abstimmung: 4/11/3 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag von Brandt-Zand:

265 Seite 3, Absatz 1:

270 Bisher: Insbesondere begrüßen wir, dass die Studierendenschaft »auch zu solchen Fragen Stellung beziehen [können soll], die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschule, ihrem Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen« (Art. 2 Nr. 16 - § 65 Abs. 3).

275 Neu: Insbesondere begrüßen wir, dass die Studierendenschaft nicht nur zu den »hochschulpolitischen, fachlichen und fachübergreifenden«, sondern auch zu den »sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange[n] der Studierenden« Stellung beziehen kann und darüber hinaus »den Meinungsaustausch in der Gruppe der Studierenden« fördern soll.

280 Alexander Zand begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht übernommen.

Abstimmung: 3/12/3 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

285 Änderungsantrag von Brandt-Zand:

Seite 3, Absatz 4, letzter Satz:

290 Bisher: Zur Erfüllung der Aufgaben kann die Studierendenschaft Medien aller Art nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und

Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ermöglichen.

Neu: Zur Erfüllung der Aufgaben kann die Studierendenschaft Medien aller Art nutzen.

295 -----

Alexander Zand begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht übernommen.

GO von Fabian Trost auf Schluss der Redeliste. Inhaltliche Gegenrede durch Alexander Zand.

300

Abstimmung: 4/13/0 → Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

305 Änderungsantrag von Brandt-Zand:

Seite 3, Absatz 5 zu den Aufgaben, letzte Sätze

Bisher:

310 Es ist nicht Aufgabe des Studentenwerks, das eigene Interessen in solchen Fragen zu vertreten hat, die verfassungsrechtlichen Anforderungen, insbesondere die Erforderlichkeit, zu prüfen. Die Studierendenschaft am KIT fordert daher, Art. 2 Nr. 16 - § 65 Abs. 5 folgendermaßen neu zu fassen:

315

Neu: Es ist nicht Aufgabe des Studentenwerks, das eigene Interessen in solchen Fragen zu vertreten hat, die verfassungsrechtlichen Anforderungen, insbesondere die Erforderlichkeit, zu prüfen. Die Studierendenschaft am KIT fordert daher, unabhängige Angebote für Studierende zu fördern und zusätzlich in Anbetracht der Notwendigkeit unabhängige Angebote trotz eventueller Doppelstrukturen zuzulassen. Hierfür sollte Art. 2 Nr. 16 - § 65 Abs. 5 folgendermaßen neu gefasst werden:

320

325 Alexander Zand begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht übernommen.

Abstimmung: 4/0/12 → Damit ist der Antrag angenommen.

330 Änderungsantrag von Brandt-Zand:

Seite 5, Absatz 3:

Streiche den Absatz:

335 Vollkommen abstrus ist die Aussage, der Beauftragte für den Haushalt dürfe »[z]ur Vermeidung von Interessenkonflikten [...] nicht Studierender der Hochschule sein« (Begründung zu Art. 2 Nr. 18 - § 65 b Abs. 2). Nach dieser Logik dürfte der Bundesfinanzminister auf keinen Fall deutscher Staatsbürger sein, weil ihn sonst von ihm selbst erlassene Verordnungen auch betreffen.

340

Alexander Zand und Rodrigo Groener begründen den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht übernommen.

Abstimmung: 3/14/0 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

345

Änderungsantrag von Brandt-Zand:

Seite 5, Absatz 4, letzter Satz:

350

Bisher: Sollte dem nicht folge geleistete werden, so fordern wir, dass die Hochschulen, die eine entsprechende Regelung einfordern, die Kosten zu tragen haben.

355

Neu: Sollte dem nicht Folge geleistet werden, so fordern wir, dass das Land, die Kosten zu tragen haben.

Alexander Zand begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht übernommen.

360

Abstimmung: 9/4/4 → Damit ist der Antrag angenommen.

Änderungsantrag von Brandt-Zand:

365

Seite 5, letzter Absatz:

Streiche den Absatz:

370

Gemäß Art. 2 Nr. 18 - § 65 b Abs. 7 darf die Studierendenschaft Darlehen »nicht aufnehmen oder vergeben«. Laut der Begründung sind davon »auch Geschäfte umfasst, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Aufnahme oder Gewährung eines Darlehens entsprechen.« Es ist davon auszugehen, dass dadurch verhindert werden soll, dass die Studierendenschaft an die eigenen Mitglieder etwa Studienabschlusskredite vergibt. Auch wenn solche Kredite selbstverständlich mit einem gewissen Risiko verbunden sind, erschließt sich nicht, warum den Studierendenschaften hier verboten werden soll, was den Studentenwerken erlaubt ist. Darüber hinaus bringt diese Regelung verschiedene Probleme mit sich [...] Deshalb (und aufgrund der mangelnden Notwendigkeit der weiteren Regelungen des entsprechenden Absatzes (siehe unten)) empfiehlt die Studierendenschaft am KIT, Abs. 7 in Art. 2 Nr. 18 - § 65 b zu streichen.

380

Alexander Zand begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht übernommen.

385

Abstimmung: 5/12/0 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

GO: Thomas Deubel bezweifelt das Abstimmungsergebnis und beantragt namentliche Abstimmung.

390

Abstimmung:

Tobias M. Bölz: nein

Fabian Trost: nein

Michael Schmidt: nein

Thomas Deubel: ja

395

Christian Zimmermann: nein

Katharina Glock: ja

Philipp Kirchhofer: nein

Hannah Ullrich: nein

Kay Schäfer: nein

400

Yannick Oster: nein

Jan Reusch: nein

Alex Zand: ja

Rodrigo Groener: ja

Benjamin Kobrinski: nein

405

Jens Senger: nein

Sarah Puch: ja

Christian Haffner: nein
5/12/0 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

410

Änderungsantrag von Brandt-Zand:

Seite 6, neuer Absatz in Finanzen und Aufsicht:

415

Füge vor dem letzten Absatz ein:

Die Studierendenschaft des KIT begrüßt, dass es keine Verpflichtung zur Erhebung von Beiträgen gibt. Jedoch ist im vorliegenden Gesetzentwurf leider keinerlei Zuweisung von Sach- oder Finanzmitteln aus dem Landeshaushalt vorgesehen, was die Unabhängigkeit der

420

Studierendenvertretung von der Hochschule zusätzlich steigern würde.

Außerdem gäbe es hierdurch eine Entlastung der Studierenden von weiteren Gebühren, sodass nach Abschaffung der Studiengebühren nicht direkt eine neue finanzielle Belastung (wenn auch in deutlich kleinerem Rahmen) auf die Studierenden hinzukommt.

425

Der Antrag wird nicht übernommen.

GO: Thomas Deubel beantragt namentliche Abstimmung:

430

Tobias M. Bölz: nein

Fabian Trost: nein

Michael Schmidt: nein

Thomas Deubel: ja

Christian Zimmermann: ja

435

Katharina Glock: ja

Philipp Kirchhofer: ja

Hannah Ullrich: Enthaltung

Kay Schäfer: Enthaltung

Yannick Oster: ja

440

Jan Reusch: ja

Alex Zand: ja

Rodrigo Groener: ja

Benjamin Kobrinski: nein

Sarah Puch: Enthaltung

445

Christian Haffner: nein

Abstimmung: 8/5/3 → Damit ist der Antrag angenommen.

Änderungsantrag von Christian Zimmermann (GHG):

450

Füge an den letzten Absatz unter "Finanzen und Aufsicht" an:

"Um sicherzustellen, dass die Hochschulen den Studierendenschaften in angemessenem Umfang, insbesondere unter Berücksichtigung der

455

Fachschaften, Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, muss Satz 1 in Absatz 4 in Art. 2 Nr. 17 ,§ 65 a neu gefasst werden zu "Die Hochschule stellt der Studierendenschaft die zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten Räume kostenfrei zur Verfügung.".

Christian Zimmermann erläutert den Änderungsantrag. Der Antrag wird
460 übernommen.

Änderungsantrag der GHG:

465 Ersetze den 2. Absatz im Abschnitt "Konstituierung" durch:
In Bezug auf die zur Einreichung einer Satzung nötigen
Unterstützerunterschriften muss festgelegt werden, dass jeder Studierende
nur einen Satzungsvorschlag unterstützen darf, da sonst die gesamte
470 Regelung ad absurdum geführt wird. Die Studierendenschaft am KIT schlägt
daher vor, Art. 3 § 1 Abs. 1 Satz 4 um folgenden Halbsatz zu ergänzen: „§
23 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 LWO findet sinngemäß Anwendung.“

Christian Zimmermann begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht
übernommen.

475 Abstimmung: 10/3/4 → Damit ist der Antrag angenommen.

Änderungsantrag von Brandt-Zand:

480 Seite 8, Absatz Bekanntmachungen:

Streiche den Absatz:

Bekanntmachungen

485 Einerseits sollen Satzungen »in gleicher Form« bekannt gemacht werden,
»wie Satzungen der Hochschule « (Art. 2 Nr. 17 - § 65 a Abs. 1 Satz 3),
andererseits soll die Organisationssatzung »die Bekanntgabe der
Beschlüsse« festlegen (Art. 2 Nr. 17 - § 65 a Abs. 2 Satz 1). [...] Die
Studierendenschaft am KIT schlägt deshalb vor, Art. 2 Nr. 17 - § 65 a
490 Abs. 1 Satz 3 zu streichen und in § 65 a Abs. 2 Satz 1 nach dem Wort
»Beschlüsse « die Worte »einschließlich Satzungen« einzufügen.

Der Änderungsantrag wird zurückgezogen.

495 Änderungsantrag von Brandt-Zand:

Seite 8, Absatz 1:

Streiche den ersten Punkt:

500 Art. 2 Nr. 16 - § 65 Abs. 4 Satz 2 (»Sie wahrt nach den
verfassungsrechtlichen Grundsätzen die weltanschauliche, religiöse und
parteilpolitische Neutralität.«) - Selbstverständlich gilt für die
Studierendenschaft das Verfassungsrecht.

505 Alexander Zand begründet den Änderungsantrag. Der Antrag wird nicht
übernommen.

Abstimmung: 4/5/6 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

510 Änderungsantrag von Tobias M. Bölz:

Das Studierendenparlament wolle beschließen: Folgender Abschnitt wird am
Ende der Stellungnahme eingefügt:

515 Amtszeit der Studierenden in Gremien der Hochschule

In der derzeitigen Fassung des § 65 LHG findet sich eine Regelung zur
Amtszeit der Studierenden in Gremien der Hochschule. Die
Studierendenschaft am KIT empfiehlt, diese Regelung dahingehend zu
520 anzupassen, dass die Amtszeit im Einvernehmen mit der Studierendenschaft
festgelegt wird, und dies an geeigneter Stelle im LHG festzuschreiben.

Der Änderungsantrag wird übernommen.

525

Änderungsantrag von Fabian Trost

An die Stellungnahme wird folgender Absatz eingefügt. "Weitere
Regelungsbereiche:

530

* Die Studierendenschaft des KIT begrüßt den Wegfall des hervorgehobenen
Erfordernisses überdurchschnittlicher Prüfungsergebnisse oder bestimmter
Berufserfahrungen beim Zugang zum Masterstudium.

535

* Die Verpflichtung der Hochschulen dazu, ihre Studiengänge auch in
Teilzeitmodellen anzubieten, wird der Heterogenität der Studieninteressen
gerecht. Die Studierendenschaft des KIT begrüßt diese Regelung.

540

* Die Umsetzung der Lissabon-Konvention in die Landeshochschulgesetze ist
erforderlich, um die schwierigen Anrechnungsverhältnisse von
Studienleistungen bei Auslandsaufenthalten zu verbessern. Die
Studierendenschaft des KIT begrüßt die vorgeschlagene Änderung des
Landeshochschulgesetzes, insbesondere die Umkehr der Beweislast."

Das Präsidium hält den Änderungsantrag für nach §9(2) der
Geschäftsordnung für unzulässig.

545

Abstimmung über die Entscheidung des Präsidiums: 8/4/0 → Damit ist der
Antrag zugelassen.

Der Antrag wird in folgender Form eingebracht:

550

An die Stellungnahme wird folgender Absatz eingefügt. "Weitere
Regelungsbereiche:

555

* Die Verpflichtung der Hochschulen dazu, ihre Studiengänge auch in
Teilzeitmodellen anzubieten, wird der Heterogenität der Studieninteressen
gerecht. Die Studierendenschaft des KIT begrüßt diese Regelung.

560

* Die Umsetzung der Lissabon-Konvention in die Landeshochschulgesetze ist
erforderlich, um die schwierigen Anrechnungsverhältnisse von
Studienleistungen bei Auslandsaufenthalten zu verbessern. Die
Studierendenschaft des KIT begrüßt die vorgeschlagene Änderung des
Landeshochschulgesetzes, insbesondere die Umkehr der Beweislast."

Der Änderungsantrag wird übernommen.

565

Änderungsantrag durch Fabian Trost:

Füge am Ende ein:

* Die Studierendenschaft des KIT begrüßt den Wegfall der Hürden beim
Zugang zum Masterstudium.

570

Abstimmung: 2/8/7 → Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag des RCDS:

575

Streiche in hinzugefügten Absatz alles ab „weitere Regelungsbereiche“.

Abstimmung: 6/8/3 → Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

580

3. Lesung

GO: Alexander Zand beantragt namentliche Abstimmung.

585 Tobias M. Bölz: ja
Fabian Trost: ja
Michael Schmidt: ja
Thomas Deubel: nein
Christian Zimmermann: ja
590 Katharina Glock: ja
Philipp Kirchhofer: ja
Hannah Ullrich: ja
Kay Schäfer: ja
Yannick Oster: ja
595 Jan Reusch: ja
Alex Zand: nein
Rodrigo Groener: nein
Benjamin Kobrinski: ja
Jens Senger: ja
600 Sarah Puch: Enthaltung
Christian Haffner: ja

Abstimmung: 13/3/1 → Damit ist der Antrag angenommen.

605

10. Sonstiges

Tobias M. Bölz beantragt eine Sitzung für den kommenden Dienstag.

610

Sarah Puch beendet die Sitzung um 22:06.